

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Chocoladen, Cacaos Desserts.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Wartenstraße 38/40.

Bezugsgeld
wöchentlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonntagen und Feiertagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Postanstalten 3,00 Mk. (bei einmahliger Zustellung durch die Post 3,50 Mk. zuzüglich). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung erscheinenden Abendsblätter erhalten bis auf weiteres dieselben Preise wie die Morgenblätter. (Zusammengefasst) können nur mit dem Dresdner Nachrichten (Druck. Nr. 7) bestellt werden. — Unentgeltliche Zustellung werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Zarif
Anzeigen von 10 Zeilen bis 100 Zeilen 30 Mk., 100 bis 200 Zeilen 50 Mk., 200 bis 300 Zeilen 70 Mk., 300 bis 400 Zeilen 90 Mk., 400 bis 500 Zeilen 110 Mk., 500 bis 600 Zeilen 130 Mk., 600 bis 700 Zeilen 150 Mk., 700 bis 800 Zeilen 170 Mk., 800 bis 900 Zeilen 190 Mk., 900 bis 1000 Zeilen 210 Mk., 1000 bis 1100 Zeilen 230 Mk., 1100 bis 1200 Zeilen 250 Mk., 1200 bis 1300 Zeilen 270 Mk., 1300 bis 1400 Zeilen 290 Mk., 1400 bis 1500 Zeilen 310 Mk., 1500 bis 1600 Zeilen 330 Mk., 1600 bis 1700 Zeilen 350 Mk., 1700 bis 1800 Zeilen 370 Mk., 1800 bis 1900 Zeilen 390 Mk., 1900 bis 2000 Zeilen 410 Mk., 2000 bis 2100 Zeilen 430 Mk., 2100 bis 2200 Zeilen 450 Mk., 2200 bis 2300 Zeilen 470 Mk., 2300 bis 2400 Zeilen 490 Mk., 2400 bis 2500 Zeilen 510 Mk., 2500 bis 2600 Zeilen 530 Mk., 2600 bis 2700 Zeilen 550 Mk., 2700 bis 2800 Zeilen 570 Mk., 2800 bis 2900 Zeilen 590 Mk., 2900 bis 3000 Zeilen 610 Mk., 3000 bis 3100 Zeilen 630 Mk., 3100 bis 3200 Zeilen 650 Mk., 3200 bis 3300 Zeilen 670 Mk., 3300 bis 3400 Zeilen 690 Mk., 3400 bis 3500 Zeilen 710 Mk., 3500 bis 3600 Zeilen 730 Mk., 3600 bis 3700 Zeilen 750 Mk., 3700 bis 3800 Zeilen 770 Mk., 3800 bis 3900 Zeilen 790 Mk., 3900 bis 4000 Zeilen 810 Mk., 4000 bis 4100 Zeilen 830 Mk., 4100 bis 4200 Zeilen 850 Mk., 4200 bis 4300 Zeilen 870 Mk., 4300 bis 4400 Zeilen 890 Mk., 4400 bis 4500 Zeilen 910 Mk., 4500 bis 4600 Zeilen 930 Mk., 4600 bis 4700 Zeilen 950 Mk., 4700 bis 4800 Zeilen 970 Mk., 4800 bis 4900 Zeilen 990 Mk., 4900 bis 5000 Zeilen 1010 Mk., 5000 bis 5100 Zeilen 1030 Mk., 5100 bis 5200 Zeilen 1050 Mk., 5200 bis 5300 Zeilen 1070 Mk., 5300 bis 5400 Zeilen 1090 Mk., 5400 bis 5500 Zeilen 1110 Mk., 5500 bis 5600 Zeilen 1130 Mk., 5600 bis 5700 Zeilen 1150 Mk., 5700 bis 5800 Zeilen 1170 Mk., 5800 bis 5900 Zeilen 1190 Mk., 5900 bis 6000 Zeilen 1210 Mk., 6000 bis 6100 Zeilen 1230 Mk., 6100 bis 6200 Zeilen 1250 Mk., 6200 bis 6300 Zeilen 1270 Mk., 6300 bis 6400 Zeilen 1290 Mk., 6400 bis 6500 Zeilen 1310 Mk., 6500 bis 6600 Zeilen 1330 Mk., 6600 bis 6700 Zeilen 1350 Mk., 6700 bis 6800 Zeilen 1370 Mk., 6800 bis 6900 Zeilen 1390 Mk., 6900 bis 7000 Zeilen 1410 Mk., 7000 bis 7100 Zeilen 1430 Mk., 7100 bis 7200 Zeilen 1450 Mk., 7200 bis 7300 Zeilen 1470 Mk., 7300 bis 7400 Zeilen 1490 Mk., 7400 bis 7500 Zeilen 1510 Mk., 7500 bis 7600 Zeilen 1530 Mk., 7600 bis 7700 Zeilen 1550 Mk., 7700 bis 7800 Zeilen 1570 Mk., 7800 bis 7900 Zeilen 1590 Mk., 7900 bis 8000 Zeilen 1610 Mk., 8000 bis 8100 Zeilen 1630 Mk., 8100 bis 8200 Zeilen 1650 Mk., 8200 bis 8300 Zeilen 1670 Mk., 8300 bis 8400 Zeilen 1690 Mk., 8400 bis 8500 Zeilen 1710 Mk., 8500 bis 8600 Zeilen 1730 Mk., 8600 bis 8700 Zeilen 1750 Mk., 8700 bis 8800 Zeilen 1770 Mk., 8800 bis 8900 Zeilen 1790 Mk., 8900 bis 9000 Zeilen 1810 Mk., 9000 bis 9100 Zeilen 1830 Mk., 9100 bis 9200 Zeilen 1850 Mk., 9200 bis 9300 Zeilen 1870 Mk., 9300 bis 9400 Zeilen 1890 Mk., 9400 bis 9500 Zeilen 1910 Mk., 9500 bis 9600 Zeilen 1930 Mk., 9600 bis 9700 Zeilen 1950 Mk., 9700 bis 9800 Zeilen 1970 Mk., 9800 bis 9900 Zeilen 1990 Mk., 9900 bis 10000 Zeilen 2010 Mk.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Ullrichs Pianinos
sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Wettin-Sartenschläuche
sind die Besten.
Gummi- und Asbest-Compagnie
Reinhard Stiebler & Röttger
Telefon 1.1261. Wetzlarstr. 16, nächst dem Hotel.

Photographie in natürlichen Farben.
Photogr. Ausstellung: Industrie-Halle, 1. Etage.
Lumière-Autochromplatten
Königl. u. Prinzl. Hof.
Carl Plaul, Wallstr. 25.

Samter & Co. Geschäftshaus **Herren- und Knaben-Bekleidung.** Spezialitäten: Mollige Schlafrocke, Livreen, Automobil-Kleidung. **Samter & Co.**
2 Frauenstrasse 2. für vornehme Bekleidung. 2 Frauenstrasse 2.

Für eilige Leser.

Naturnotwendige Bitterung: Kühl, veränderlich.
Prinz Ludwig von Bayern trifft am 19. Juni in Dresden ein, um als Vertreter des Prinz-Regenten an der Zweihundertjahrfeier des 3. Infanterie-Regiments Nr. 102 in Jittau teilzunehmen.
Die Ferien der Dresdner Hoftheater beginnen am 27. Juni.
Reichssekretär Endow gedenkt acht Tage nach Pfingsten den Entwurf eines Erbschaftsteuergesetzes den Mitgliedern der Finanzkommission zur Kenntnis mitzuteilen.
Die Finanzkommission des Reichstages erledigte in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung das Tabaksteuergesetz, das am 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll; dann begann die Beratung des Branntweinsteuergesetzes.
Das preussische Herrenhaus erledigte die Etatberatung; das Abgeordnetenhaus nahm das Stempelsteuergesetz in dritter Lesung an.
Das neuerbaute Luftschiff „Z. 11“ führte gestern seine Erprobungsfahrt mit vollem Erfolg aus.
Die amerikanische Regierung plant, wie verlautet, für die Befestigung des Panamakanals 30 Millionen Mark auszugeben.
Das mit 6500 Pfund Sterling ausgestattete Derby in Epsom gewann König Eduard „Minora“ mit S. Jones im Sattel.

Geschäftlicher Boykott als Kampfmittel der Sozialdemokratie.

Die vorjährigen Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, die auf Grund abgeänderter Wahlvorschriften stattfanden, haben zum ersten Male Mandate der preussischen Volksvertretung in den Besitz der Sozialdemokratie gebracht. Es wurden 7 Mitglieder der revolutionären Partei in das Abgeordnetenhaus gewählt. Aber nur sechs haben ihr Mandat ausüben können. „Genosse“ Rechtsanwalt Viecknecht wird erst nach dem Pfingstfest, wenn er seine Strafe verbüßt hat, in das Haus eintreten. Er wird das Danklein der Seinen als zusammengekauft ansehen. Vor einigen Tagen hat das preussische Abgeordnetenhaus die Wahlen von vier sozialdemokratischen Abgeordneten, des Kaufmanns Bogmann, des Rentiers Heimann, des Schriftstellers Viech (Berlin) und des Buchhändlers Hoffmann, die in den Berliner Wahlkreisen 5, 6, 7 und 12 gewählt sind, für ungültig erklärt. Das Haus ist damit dem mit erdrückender Mehrheit gefassten Beschluß der Wahlprüfungskommission beigetreten, die zu ihrem Urteil in erster und entscheidender Linie auf Grund der Tatsache gelangt ist, daß die Urwählerlisten in den Berliner Landtagswahlbezirken geschwindig aufgestellt waren. Bei Aufstellung bzw. Auslegung der Urwählerlisten (26. bis 28. April 1908) war die Veranlassung der Wähler mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark noch nicht durchgeführt. Bezüglich dieser mußte auf die Steuerfrage von 1907 zurückgegriffen werden, während die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark bereits nach der Veranlassung für das Steuerjahr 1908 in die Listen Aufnahme fanden. Nach einem wenige Tage zuvor ergangenen Erlaß des Ministers des Innern hätte in diesem Falle überall gleichmäßig die Steuerveranlassung für 1907 zugrunde gelegt werden müssen. Da es zu spät war, die bereits begonnenen und erheblich gefördert Arbeiten von neuem vorzunehmen, wurde, wie eine Aeußerung des Magistrats der Stadt Berlin ausdrücklich ausweist, die Eintragung der Steuerbeträge in die Listen in dieser fehler- und mangelhaften Weise beendet. Dieser Verstoß gegen die Wahlordnung ist für die Kasserung der vier sozialdemokratischen Mandate der entscheidende Grund gewesen. Tatsächlich waren infolge der irrtümlichen Vistenauflistung die Bedingungen des Wahlkampfes für die Sozialdemokratie ungünstiger als für die bürgerlichen Parteien, da die Wähler unter 3000 Mark Einkommen, aus denen sich vorzugsweise der sozialdemokratische Anhang rekrutiert, dank der vorzweihundertjährigen Steuerveranlassung namentlich in der ersten und zweiten Wählerklasse entscheidenden Einfluß ausüben konnten, als wenn die Veranlassung von 1907 zugrunde gelegt worden wäre. Die Mehrheiten in den vier in Frage kommenden Kreisen haben nur zwischen 2 und 47 Stimmen betragen; es erscheint also sehr wohl möglich, daß bei Zugrundelegung gleichmäßiger Steuer-

frage das Ergebnis ein anderes gewesen wäre; und es ist außerordentlich bezeichnend für die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, daß sie die Ungleichheit eines Verfahrens nicht anerkennen wollen, dem sie vier ihrer eigenen Mandate verdanken! Wenn aber das Verfahren geschwindig war, dann hätten, so forderten die „Genossen“, die Wahlen in sämtlichen zwölf Berliner Landtagswahlbezirken kassiert werden müssen. Das konnte aber nicht geschehen, weil gegen diese im freisinnigen Besitz befindlichen Mandate Proteste nicht erhoben worden sind. Auch hätte in diesem Falle eine Wiederwahl, da die freisinnigen Berliner Landtagsabgeordneten mit großer Mehrheit gewählt sind, an dem Ergebnis nichts geändert.
Die wahre Ursache des Mißgeschicks der sozialdemokratischen Presse über den „vierfachen Mandatsraub“ in eine ganz andere. Der zweite gegen die Wahl erhobene Protestgrund geht nämlich dahin, daß seitens der Sozialdemokraten im großen Umfange der geschäftliche Boykott ausgetrieben wurde. Ueber diese Art Terrorismus, wovon die Organe der bürgerlichen Presse bereits während und unmittelbar nach den Hauptwahlen und den Stichwahlen erhebliche Dinge zu berichten wußten, hat man jetzt Näheres erfahren. Da hat a. B. die sozialdemokratische Landeskonferenz für Preußen unter den sozialdemokratischen Wählern und deren Frauen eine Agitation veranstaltet, welche dahin ging, diejenigen Geschäftsleute zu boykottieren, welche bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie ihre Stimme abgeben würden. In vier Artikeln hat das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei als Grundlag ausgeprochen, daß in Zukunft nur solche Geschäftsleute auf sozialdemokratische Kundhaft zu rechnen haben, die im Sinne der Partei des Umsturzes für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen eintreten. Am 9. Februar d. J. hat der Abgeordnete Dietrich-Berlin im sozialdemokratischen Zentralverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg wörtlich erklärt: „Wir haben von den Leuten, die sich als unsere Anhänger ausgeben und auf unsere Kundhaft rechnen, zu verlangen, daß sie die Sozialdemokratie in diesem harten Kampfe um das Wahlrecht unterstützen.“ In einem geheimen Erlaß der Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands heißt es am Schluß: „Die Frauen müssen auf die betreffenden Kreise (Mischhändler, Krämer, Wäcker, Fleischer, Holz-, Kohlen-, Grünwarenhändler uvm.) einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist.“ In demselben Geheimereferat werden die kaufenden sozialdemokratischen Frauen verpflichtet, „nach dem politischen Glaubensbekenntnis des Händlers zu forschen, damit dem Manne bange wird vor den vielen Kunden, die ihm abströmen werden könnten“. Die Wahlprüfungskommission hat die Frage, ob die angewendeten Mittel der Wahlbeeinflussung derart waren, daß sie tatsächlich einen Druck auf die betreffenden Kreise ausübten, mit großer Mehrheit bejaht. Daß in den behaupteten Tatsachen eine für den Ausfall der Wahlen erhebliche Wahlbeeinflussung liegt, wurde mit 18 gegen 1 Stimme anerkannt.
Es sind, was besonders schwer ins Gewicht fällt, nicht etwa einzelne ausnehmend fanatische Genossen oder untergeordnete sozialdemokratische Organe, die den geschäftlichen Boykott als Kampfmittel gegen politische Gegner empfohlen oder das „Masseurecht des Terrors“ in Anspruch genommen haben. Es ist vielmehr die leitende Stelle der Sozialdemokratie, die eine systematische Agitation zur Boykottierung abhängiger Geschäftsleute angeordnet und organisiert hat, und das tonangebende Organ der sozialdemokratischen Presse hat diesen Standpunkt bedingungslos vertreten und so weite Kreise der Wählerschaft vor die Wahl gestellt, entweder ihrer politischen Ueberzeugung Gewalt anzutun oder aber ihre wirtschaftliche Existenz aufs Spiel zu setzen. Ueber die Verwerflichkeit und Gemeingefährlichkeit einer derartig strupellosen Wahlmacht kann nur eine Stimme herrschen. Trotzdem hat die Sozialdemokratie, in dieser eskalanten Weise öffentlich entlarvt und gebrandmarkt, den Versuch gemacht, ihre Handlungsweise durch Berufung auf einen angeblichen Terrorismus der Regierung, der Behörden usw. zu rechtfertigen. Aber eine solche Ausflucht ist so ungeschickt und aussichtslos wie möglich. Keine deutsche Regierung könnte es selbstverständlich ungestraft hingehen lassen, daß ein Geistlicher, ein Lehrer, ein Staatsbeamter, in welcher Rangstellung und Umgebung er sich befinden mag, sozialdemokratische Gesinnung zur Schau trägt oder betätigt. Doch keine Behörde macht damit ihre Unter-

gegebenen einer bestimmten Partei dienlich. Sie verlangt lediglich — und muß dies im Interesse der Allgemeinheit verlangen —, daß die von den staatlichen Verwaltungen Beschäftigten Personen mit der Regierung auf haushaltendem Boden stehen. Die Regierung führt damit im weiteren Sinne nur einen Auftrag der reichszählenden nationalen Bevölkerung aus. Diese erwerbstätige Bevölkerung will in ihrer großen Mehrheit, bis weit hinein in die Kreise der gewerblichen Arbeiter, von den sozialistischen Irrlehren und ihrer Verwirklichung nichts wissen. Sie muß die Mittel aufbringen, um die Beamten zu besolden und alle übrigen Staatsaufwendungen zu ermöglichen, und sie trägt wüthig diese enormen Lasten, in der Pflicht und der Erwartung, damit den Staat in seiner gegenwärtigen Gestalt und Ordnung zu haben und zu erhalten. Sie verrichtet damit zugleich einen Akt der Fürsorge für die Kleinen Stände, für die Handwerker und nicht zuletzt für die gewerblichen Arbeiter; denn für alle diese Existenzen ist nur in einem geordneten, sich ruhig fortentwickelnden Staatswesen die Möglichkeit ausreichenden Unterhaltserwerbs gegeben.
Umgekehrt will die Sozialdemokratie diese von der Kundhaft der Arbeiterbevölkerung wesentlich abhängigen Geschäftsleute zwingen, mit ihr die Bahn des Umsturzes zu betreten und mit ihr jene Ziele zu verwirklichen, die in dem utopistischen Schlagworte vom Zukunftsstaate zusammengefaßt werden. Wegen eines derartigen Zwangs die wirtschaftlich schwachen und unselbständigen Elemente zu schützen, ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit ebenso sehr wie der staatlichen Notwendigkeit. Es darf nicht dahin kommen, daß die Partei des Umsturzes durch Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Macht die politische Meinung der Wähler knechtet. Die Freiheit der Selbstbestimmung wird damit zur Chimäre und der Wille des Volkes, der in dem Wahlergebnis zum Ausdruck kommen soll, zur Farce gemacht. Die bürgerlichen Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses haben sich daher von den höchsten sachlichen Motiven leiten lassen, als sie durch ihr Votum zum Ausdruck brachten, wer in Wahrheit in denen vier Berliner Landtagswahlbezirken „Mandatsraub“ geriechen hat, und sie werden sich gleichfalls auf durchaus sachlichem Boden und wiederum in Uebereinstimmung mit allen anständig und rechtlich Denkenden befinden, wenn sie die Gültigkeitserklärung der neuen Wahlen, die möglicherweise die beauftragten Mandate wiederum der Sozialdemokratie ausliefern, davon abhängig machen, daß das Wahlergebnis ohne das Kampfmittel des geschäftlichen Boykotts zustande kommt.

Neueste Drahtmeldungen vom 26. Mai.

Zur Reichsfinanzreform.
Berlin. (Priv.-Tel.) Reichssekretär Endow gedenkt acht Tage nach Pfingsten den Entwurf eines Erbschaftsteuergesetzes den Mitgliedern der Finanzkommission zur Kenntnis mitzuteilen. Der Entwurf wird, wie verlautet, einen bei weitem nicht so großen Ertrag liefern, wie er ursprünglich für die fallen gelassene Nachlasssteuer angenommen war.
Berlin. (W.-A.) Der konservative Verein für Berlin-Weabit hatte am gestern Abend eine Versammlung einberufen, um zur Reichsfinanzreform Stellung zu nehmen. Graf Westarp sprach über die Reichsfinanzreform. Zum Schluß wurde eine Resolution mit allen gegen vier Stimmen angenommen, in der der konservativen Partei Dank und Anerkennung für ihre Haltung in der Frage der Reichsfinanzreform ausgesprochen und eine Nachlasssteuer im Sinne der Besteuerung des Erbes von Ehefrauen und Kindern abgelehnt wird.
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Zentralverband des Kauf- und Bankiergewerbes und der Zentralverband deutscher Industrieller verdingen eine gemeinsame Einladung zu einer Abwehrversammlung gegen die von den Konservativen und dem Zentrum gemachten Steuervorschläge am Sonnabend, den 12. Juni, in Berlin. Zugleich soll in dieser Versammlung eine für die Dauer berechnete Interessengemeinschaft der Privatvertreterungen von Deutschlands Industrie, Handel und Bankwesen für bestimmte Zwecke Abwehr gegenwärtiger Schritte und Vorlagen und gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen, im übrigen unter vollständiger Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Verbände und Vereine in die Wege geleitet werden.
Aus der Finanzkommission des Reichstages.
(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Finanzkommission des Reichstages führte heute nachmittags die Beratung der Tabaksteuer in zweiter Lesung zu Ende. Angenommen wurde mit 15 gegen 13 Stimmen die Befreiung des

Trinkt Pfunds Milch!